



Schwerpunkte der Arbeit des BMWi im Jahr 2014

Investitionen erhöht und öffentliche Finanzen konsolidiert

- Die Agenda gesetzt – und umgesetzt: Das BMWi hat öffentliche und private Investitionen in Deutschland und Europa ins Zentrum der Wirtschafts- und Finanzpolitik gerückt. Die Bundesregierung hat erste Maßnahmen unter-
nommen, um die Investitionslücke in Deutschland zu schließen. Sie stellt bis 2017 insgesamt fünf Milliarden Euro
zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung. Von 2016 bis 2018 wird sie erneut erhebliche zusätzliche
Mittel in Höhe von zehn Milliarden Euro für Investitionen vorsehen. Darüber hinaus entlastet sie Länder und Kom-
munen bis 2017 um zehn Milliarden Euro u. a. in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen,
Zuwanderung und Städtebau und stärkt so deren Investitionsspielräume.
- Private Investitionen gestärkt: Auch private Investitionen macht die Bundesregierung attraktiver: Etwa mit einer
deutlichen Ausweitung der KfW-Aktivitäten im Wagniskapitalbereich und mit einer 500 Mio. Euro-Fazilität durch
den Europäischen Investitionsfonds, um technologieorientierte Unternehmen in der Früh- und Wachstumsphase zu
unterstützen. Ein weiteres Beispiel ist die Ausweitung von gemeinsamer Start-up-Finanzierung durch eine Vielzahl
von Investoren (Crowd-Investing) und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen an
Start-ups (Verlustnutzung). Um die öffentlichen Finanzen weiterhin nachhaltig zu gestalten und gleichzeitig mehr
Investitionen in Deutschland zu ermöglichen, erarbeitet die von Sigmar Gabriel eingesetzte BMWi-Expertenkom-
mission „Investitionsstrategie“ unter Leitung von Prof. Fratzscher (DIW) seit August des Jahres konkrete Vorschläge.
Die Vorschläge dieser Kommission sollen im Frühjahr 2015 im Rahmen eines BMWi-Investitionskongress öffent-
lich diskutiert werden.
- Solides Wachstum und Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielt: Mit über einem Prozent verzeichnet Deutschland ein
stabiles Wirtschaftswachstum. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv. Im Oktober waren zum ersten Mal in der
Geschichte der Bundesrepublik mehr als 43 Millionen Menschen erwerbstätig – eine halbe Million mehr als im Jahr
davor.
- Öffentliche Finanzen konsolidiert: All das wurde erreicht bei gleichzeitiger Konsolidierung des Haushalts. Der
Bundeshaushalt 2014 ist strukturell ausgeglichen und kommt mit der niedrigsten Neuverschuldung seit 40 Jahren
aus. Mit dem Bundeshaushalt 2015 kommt eine Bundesregierung erstmals seit 1969 ohne Nettoneuverschuldung
(„schwarze Null“) aus.
- BMWi-Förderprogramme stärker fokussiert: Der BMWi-Haushalt wurde konsequent und investitionsfreundlich
auf eine nachhaltige Erneuerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ausgelegt. Zentral dafür sind die Bereiche
Energie (v. a. Energieeffizienz und Erneuerbare Energien), IT (v. a. Digitale Agenda, Industrie 4.0) und Wettbewerbs-
fähigkeit in den Bundesländern (v. a. GRW, Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) sowie Luft- und Raum-
fahrt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung wuchsen 2014 auf 2,5 Mrd. Euro und werden 2015 weiter auf
knapp 2,9 Mrd. Euro steigen. Ein zusätzlicher Aufwuchs ist geplant.

- Weg frei gemacht für 27,5 Mrd. Euro EU-Mittel: Im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds wurden für Deutschland Mittel in Höhe von 27,5 Mrd. Euro bis 2020 gesichert, mit denen Investitionen in den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in Deutschland erfolgen können.

Die Energiewende wird systematisiert

- Zuständigkeiten für die Energiewende gebündelt: Die Energiepolitik wurde im BMWi gebündelt, um den Umbau der Energieversorgung schlagkräftig und erfolgreich voranzubringen. Gleichzeitig wurde mit der „Zehn-Punkte-Agenda“ erstmals ein konkreter Zeitplan vorgelegt, der allen Beteiligten Klarheit über die nächsten energiepolitischen Schritte gibt.
- EEG grundlegend reformiert: Mit der EEG-Novelle (EEG 2.0) werden der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) in einem verlässlichen Ausbaupfad konsequent weitergeführt, die erneuerbaren Energien stärker in den Markt integriert, die Kostendynamik durchbrochen und die Kosten gerechter verteilt:
 - Die EE-Ausbauziele wurden im EEG festgelegt, um klare Rahmenbedingungen zu setzen.
 - Künftig müssen Erzeuger den erneuerbaren Strom selbst vermarkten, um die Erneuerbare Energien stärker in den Strommarkt zu integrieren.
 - Um die Kostendynamik zu durchbrechen, wurden Überförderungen abgebaut, Vergütungen stufenweise gesenkt und vereinbart, die Förderhöhe ab 2017 durch Ausschreibungen zu ermitteln. Erstmals seit ihrer Einführung sinkt die EEG-Umlage 2015.
 - Um die Kosten gerechter zu verteilen, wird eigenerzeugter Strom an der EEG-Umlage beteiligt. Gleichzeitig wurde die Ausnahmeregelung für stromintensive Unternehmen überarbeitet. Die Industrie wird so angemessen an den Kosten der Energiewende beteiligt und bleibt gleichzeitig wettbewerbsfähig. Denn der industrielle Kern unserer Wirtschaft ist der Schlüssel für Innovation, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland.
- Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende aufgestellt: Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) hat die Bundesregierung ihre Energieeffizienzstrategie für die 18. Legislaturperiode beschlossen. Sie beruht auf drei Säulen: Energieeffizienz im Gebäudebereich, Energieeffizienz als Rendite- und Geschäftsmodell und mehr Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz. Der NAPE beinhaltet u. a. den Vorschlag für eine steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen (1 Mrd. Euro pro Jahr bis 2019), die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms (um 200 Mio. auf zwei Mrd. Euro jährlich) und eine gemeinsame Initiative mit der Wirtschaft für bis zu 500 Energieeffizienznetzwerke sowie den Rahmen für eine Energieeffizienzstrategie Gebäude (ESG). Allein mit den Sofortmaßnahmen des NAPE sollen bis 2020 zusätzliche Investitionen von bis zu 80 Mrd. Euro angestoßen werden.
- Neugestaltung des Strommarktdesigns begonnen: Mit dem Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ wurde das Verfahren zur Neugestaltung des Strommarktdesigns gestartet. Um eine breite, lösungsorientierte Diskussion und eine fundierte politische Entscheidung über das zukünftige Strommarktdesign zu ermöglichen, läuft dazu noch bis März 2015 eine öffentliche Konsultation. Auf die Konsultation folgt ein Weißbuch mit Maßnahmenvorschlägen das ebenfalls öffentlich konsultiert und dann in einen Regelungsvorschlag münden wird. Ziel des Prozesses ist der Erhalt der Stromversorgungssicherheit zu möglichst geringen Kosten. Parallel laufen intensive Gespräche mit unseren europäischen Nachbarstaaten und der EU-Kommission, um zu gemeinsamen Lösungen im europäischen Binnenmarkt zu kommen.
- Mehr Transparenz bei Strom- und Gaspreisen geschaffen: Mit der neuen Verordnung zur Transparenz bei Strom- und Gaspreisen werden die Grundversorger verpflichtet, die Zusammensetzung des Preises bei Strom und Gas offen zu legen. So bekommen Verbraucherinnen und Verbraucher ein realistisches und transparentes Bild über den Strom- und Gaspreis und können auf Preiserhöhungen besser reagieren.

Digitalisierung vorangebracht

- Digitalisierung der Wirtschaft vorangetrieben: Im Rahmen der Digitalen Agenda hat das BMWi ein umfassendes Maßnahmenpaket zu digitaler Wirtschaft und digitalem Arbeiten mit den Schwerpunkten Cloud Computing, Industrie 4.0, Smart Services, Smart Home, Datenschutz und Datensicherheit auf den Weg gebracht. Dafür wird das BMWi bis 2018 ca. 430 Mio. Euro aufwenden. U. a. wird das BMWi fünf Zentren für Information und Demonstration zu Industrie 4.0 einrichten, um den Mittelstand stärker für die neuen Möglichkeiten und Potenziale der Produktion der Zukunft zu sensibilisieren.
- Innovation, Wettbewerb und Datenschutz in der digitalen Ökonomie gestärkt: Auf Initiative von Sigmar Gabriel haben die für die digitale Agenda zuständigen Minister der Europäischen Kommission konkrete Vorschläge zu mehr Investitionen in die Digitalisierung der Wirtschaft und für Innovation, Wettbewerb und Datenschutz in der digitalen Ökonomie gemacht, u. a. durch mehr Geld für Breitbandausbau, bessere Bedingungen für Start-ups, eine wettbewerbssichernde Regulierung von marktbeherrschenden Internetplattformen und stringenten Datenschutz.

Wettbewerbsfähigkeit verbessert, Industrie gestärkt

- Berufliche Bildung gestärkt: Das BMWi entwickelt den Ausbildungspakt mit Sozialpartnern und Ländern zu einer neuen „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiter. Jeder junge Mensch soll damit die Chance auf eine betriebliche Ausbildung bekommen.
- Industrielle Wettbewerbsfähigkeit gestärkt: Das BMWi hat mit dem BDI und der IG Metall das Bündnis „Zukunft der Industrie“ als gemeinsame, konzertierte Aktion ins Leben gerufen. Ziel ist es, im Dreiklang aus Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften konkrete Verabredungen und prioritäre Maßnahmen zu treffen um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu stärken.
- Deutsch-französische Initiative zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gestartet: Wirtschaftsminister Gabriel und sein französischer Amtskollege Macron haben verabredet, aufbauend auf einem Bericht der Professoren Enderlein und Pisani-Ferry, die nötigen Reformen in beiden Länder gemeinsam voranzutreiben, damit Deutschland und Frankreich ihrer Rolle als Motor der europäischen Integration wieder gerecht werden können.
- Hightech-Strategie weiterentwickelt: In der neuen Hightech-Strategie werden die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft besser gebündelt, um Ideen noch schneller in innovative Produkte und Dienstleistungen zu überführen.
- Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau beschlossen: Mit weitreichenden Eckpunkte-Beschlüssen zum Bürokratieabbau wird die Bundesregierung auf Initiative des BMWi umfassend Bürokratie abbauen und konsequent den Aufbau neuer Bürokratie verhindern, gerade mit Blick auf Gründer und den Mittelstand, u. a. mit einem Bürokratiemoratorium für Start-ups und junge Unternehmer in den ersten drei Jahren.

Transparenz bei Freihandelsabkommen gestärkt, Rüstungsexportkontrolle reformiert

- Für eine ambitionierte und ausgewogene Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Das BMWi macht sich in den TTIP-Verhandlungen zwischen EU und USA für ein ambitioniertes und ausgewogenes Abkommen stark, das Vorteile für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher bringt. Eine Preisgabe von Umwelt-, Verbraucher-, Arbeitnehmer- oder Datenschutzstandards ist für Deutschland dabei nicht akzeptabel – ebensowenig wie eine Beschränkung der Gestaltungsfreiheit bei der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der kulturellen Vielfalt in Europa.
- Transparenz bei TTIP erhöht: Das BMWi hat – zusammen mit der Europäischen Kommission und anderen Mitgliedstaaten – durchgesetzt, dass das EU-Verhandlungsmandat zu TTIP endlich veröffentlicht wurde. Ganz in diesem Sinne setzt das BMWi auf eine möglichst breite öffentliche Beteiligung an der Debatte und hat dazu Anhörungen der Gewerkschaften

und Wirtschaftsverbände sowie Informationsgespräche mit NGOs durchgeführt. Bundesminister Gabriel hat zudem einen TTIP-Beirat eingesetzt, in dem Vertreter von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des Kulturbereichs über die fortlaufenden TTIP-Verhandlungen beraten und zur deutschen Positionierung beitragen.

- **Transparenz bei Rüstungsexporten verbessert:** Das BMWi hat den Rüstungsexportbericht nun erstmals vor der Sommerpause veröffentlicht. Ergänzend informiert das BMWi im Herbst in einem Zwischenbericht über die jeweils im ersten Halbjahr erteilten Ausfuhrgenehmigungen. Das Verfahren zur Unterrichtung über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates wurde so reformiert, dass das Parlament über die Entscheidungen unverzüglich nach der Bundessicherheitsratssitzung informiert wird.
- **Zurückhaltende und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik bekräftigt:** Die Bundesregierung hat bereits in den „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ von 2000 deutlich gemacht, dass Rüstungsexporte kein Mittel der Wirtschaftspolitik sind: Ob Ausfuhren genehmigt werden, hängt daher in jedem Einzelfall von außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen ab. Das BMWi hat darüber hinaus die seit jeher restriktive Exportkontrollpolitik in Bezug auf Dual-Use-Güter fortgesetzt und nun auch einen besonderen Augenmerk auf den Export von Überwachungstechnologien gerichtet, u. a. durch ein auf Initiative von Bundesminister Gabriel eingerichtetes Monitoring auf EU-Ebene.
- **Druck und Dialog bei den Russland-Sanktionen fortgesetzt:** Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt hat das BMWi gegenüber Russland die Doppelstrategie aus Druck und Dialog entschieden fortgesetzt. Gleichzeitig hat das BMWi das Verfahren zur Umsetzung der Russland-Sanktionen optimiert, um den betroffenen Unternehmen – gerade aus dem Mittelstand – trotz der schwierigen Lage möglichst schnell Klarheit zu verschaffen: Mit einer Hotline beim BAFA und der neu geschaffenen Clearing-Stelle für Exporte von Dual-use-Gütern setzt das BMWi auf eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren.